



20 Uhr: Sarrazin-Lesung in Potsdam live auf PI

Mehrere Tageszeitungen wie die Hamburger Morgenpost oder die Märkische Allgemeine lassen ihre Leser heute Abend ab 20 Uhr mittels Liveübertragung im Internet an der ersten öffentlichen und seit Tagen ausverkauften Lesung von Thilo Sarrazin teilhaben. Der Bundesbanker lässt sich offensichtlich weder durch Morddrohungen noch durch linke Proteste davon abhalten, seine Meinung öffentlich zu vertreten.

JETZT mit kompletter Aufzeichnung der Lesung!

Die Märkische Allgemeine schreibt:

Auf Einladung des Brandenburgischen Literaturbüros präsentiert Thilo Sarrazin in Potsdam sein Buch „Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“. Nach seiner Lesung stellt sich Sarrazin den Fragen von Ralf Schuler, Ressortleiter Politik der Märkischen Allgemeinen (MAZ).

Diese erste öffentliche Lesung findet am 9. September 2010 im Nikolaisaal in Potsdam statt, sie ist jedoch bereits ausverkauft. Wegen der großen Nachfrage wird die Veranstaltung von der Märkischen Allgemeinen am 9. September ab 20 Uhr an dieser Stelle live im Internet übertragen.

Da nach anfänglicher hysterischer Kritik nun die Unterstützung

für Sarrazin immer stärker wird, ist davon auszugehen, dass der erfolgreiche Autor auch mit dieser Lesung bisherige Skeptiker überzeugen wird.

Die Aufzeichnung der Lesung:

Blair protestiert gegen Koranverbrennung



Kaum wird, wie auch immer, gegen den Islam oder den Koran agiert, kriegen die Politiker aus lauter Angst vor islamischer Friedlichkeit den Mund ganz weit auf. So auch der ehemalige britische Premier Tony Blair. Das sei „respektlos, böse und wird weitgehend von den Völkern, religiös oder nicht, verurteilt werden“.

Damit haben wir schon mal Verständnis für jede moslemische Gewalttat, die sich hierauf bezieht. Daran ist dann natürlich Terry Jones schuld, nicht etwa die Täter:

Der ehemalige britische Premierminister Tony Blair hat die geplante Koran-Verbrennung einer US-Kirchengruppe scharf verurteilt und zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Islam aufgerufen. Die für den 11. September geplante Koranverbrennung in der Gemeinde von Pastor Terry Jones in

Gainesville im Bundesstaat Florida sei „respektlos, das ist böse und wird weitgehend von den Völkern, religiös oder nicht, verurteilt werden“, erklärte der Gesandte des Nahost-Quartetts am Donnerstag in London. „Statt den Koran zu verbrennen ermutige ich dazu, ihn lieber zu lesen“, fügte Blair hinzu. „Als Christ“ schließe er sich der Aufforderung an Jones an, die Koranverbrennung abzusagen.

Trotz weltweiter Kritik hatte Jones am Mittwoch erklärt, er halte an seinem Vorhaben fest. Die deutsche und die US-Armee befürchten, dass die Koranverbrennung neun Jahre nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 Racheakte gegen deutsche und US-Soldaten in Afghanistan nach sich ziehen könnte.

Ist schon komisch, wie die Welt vorausseilend vor der islamischen Friedlichkeit zittert... Und, Herr Blair, böse waren vor allem die Verbrechen und die Täter des 11. September 2001. Wir wollen doch mal die Verhältnismäßigkeit wahren.

Westliche Werte verteidigen



Das fordert heute Jacques Schuster in der WELT angesichts des nahenden 11. September. Dies tun Politiker aus Feigheit vor dem „islamistischen Mob“, den es merkwürdigerweise in islamischen Staten gibt. Denn während

islamische Staaten ja islamgemäß friedlich sind, ist es der „islamistische Terrorist“ wohl nicht. Mehr...

(Spürnase: aufmerksam)

Koran hui, Bibel pfui



In der ARD wurde 2007 eine Bibel verbrannt. Das war große Kunst. Reziprok dazu war die Aufregung und von lächerlichem Ausmaß, wenn man sie mit der um eine Koranverbrennung in den USA am kommenden Samstag, dem Jahrestag des Massenmordes von New York, vergleicht.

Angela Merkel, seit 2005 Bundeskanzlerin und all die Medienvertreter, die sich angesichts der Koranverbrennung so schockiert zeigen, waren 2007 was Kunst- und Meinungsfreiheit betrifft, augenscheinlich noch anders eingestellt.

Der Aufruhr blieb aus. Sollte es damit zusammenhängen, in welchem Zusammenhang man die Aufruhr eines Mobs erwartet?

Der Filmbeitrag handelt von christlichen Fundamentalisten, von denen man offensichtlich nicht annimmt, dass diese für den inneren Frieden gefährlich werden könnten. Anders hingegen bei den Muslimen. Sollten die politisch Korrekten also den Muslimen unterstellen, zur Gewalt zu neigen, während man dies von den christlichen Fundamentalisten nicht annimmt? So eine von Vorurteilen gespickte Einstellung ist den entlang der

korrekten Pfade Denkenden doch bestimmt völlig fremd.

Aber das Beispiel zeigt: Durch Gewaltbereitschaft erreicht man in dieser Gesellschaft anscheinend mehr als mit der Berufung auf Freiheitsrechte!

(Gastbeitrag von Chamäleon)

Halalibo macht Kinder froh?



Dazu müssen wir den Kleinen allerdings vorenthalten, wie elend die Rindviecher zu Tode kommen, aus denen die Gelatine für Gummibärchen Halal hergestellt wird. Vermutlich wissen die meisten von Haribos Mitarbeitern auch nicht, was Schächten bedeutet. Aber der Zweck heiligt ja die Mittel, und der Zweck sind 3,5 Millionen Moslems in Deutschland (PI berichtete).

Stolz präsentiert Haribo sein Produkt, hergestellt in der Türkei, mit türkischer Fahne und türkischer Beschriftung für Integrationsverweigerer. Aber Haribo steht keineswegs allein da:

Die 3,5 Millionen Muslime in Deutschland sind eine große Käufergruppe. Der Nestlé-Konzern mit seinem Maggi-Kochstudio in Frankfurt und andere Hersteller sehen einen vielversprechenden Markt. Sie bieten Nahrungsmittel an, die

nach islamischen Regeln unbedenklich sind.

Vorkocherin Gunda Hedi Pfeifer weiß, wie sie ihre Gäste umschmeichelt. „Köfte sind viel leckerer als deutsche Frikadellen“, sagt sie gleich zur Begrüßung in ihrer Frankfurter Lehrküche, wo sie mit etwa 20 Türken und Deutschen zusammen kochen will. Es gibt Lammragout, Hähnchen in Granatapfelsauce und besagte Köfte mit Feta-Käse und Minz-Joghurt, ein türkisches Festmahl zum Fastenbrechen streng nach den Regeln des Islam. Zubereitet werden die Speisen mit Maggi-Produkten aus dem Nestlé-Konzern. Denn der Schweizer Nahrungsmittelriese hat den deutschen Markt für seine islamkonformen Waren entdeckt.

Die Mehrzahl der Muslime achtet darauf, dass ihre Nahrungsmittel den Anforderungen des Islam entsprechen. Sie werden unterschieden in „halal“ oder „helal“ auf Türkisch, was so viel wie geeignet oder zulässig heißt und „haram“, „das Unzulässige oder Verbotene“. Die bekanntesten Ernährungsverbote für Muslime beziehen sich auf Alkohol und Schweinefleisch, es gibt aber noch etliche andere Vorschriften.

In Großbritannien oder Frankreich mit ihren großen muslimischen Minderheiten ist der Halal-Markt längst riesig und lukrativ, doch in Deutschland haben sich bislang sogar die islam-erfahrenen Weltkonzerne Unilever und Nestlé zurückgehalten. Im Handel außerhalb der Ethno-Shops sind kaum Halal-Lebensmittel zu finden, wenige Ausnahmen wie zum Beispiel Produkte der Wurstfabrik Meemken aus dem niedersächsischen Gehlenberg, des Nudelherstellers Mosna oder des Hähnchenschlächters Wiesenhof bestätigen eher die Regel.

Das bekannteste islamkonforme Produkt dürften die seit 2001 in der Türkei produzierten Halal-Gummibärchen von Haribo sein. Nestlé will diesen Erfolg wiederholen und in die tausende ethnischen Geschäfte und Supermärkte vordringen, in denen sich die türkische Bevölkerung immer noch zum Großteil

versorgt.

(...)

Die Türken ihrerseits sind stolz, dass ein Konzern wie Nestlé auf ihre Bedürfnisse reagiert. „Das ist ein Zeichen der Anerkennung unserer Lebensart“, sagt stellvertretend der türkische TV-Journalist Hasan Aka. Fast 60 Jahre nach der Ankunft der ersten türkischen Arbeiter sei dies aber auch an der Zeit. In anderen westeuropäischen sind die Halal-Märkte bereits wesentlich stärker entwickelt.

Ach das ist Bereicherung! Türkische Küche, schächten, Fastenbrechen – alles schöner als hier bei uns.

Integrierte Migranten für Sarrazin



Medien und Politiker stellen sich stets auf die Seite der schlecht integrierten Zuwanderer, der Moscheegänger und Radikalen. Da gilt die einfache rassistische Formel: Migrant = Moslem = Empfänger unserer Wohltaten. Integrierte Migranten erkennt man daran, dass sie längst auch die Sichtweise der deutschen Mehrheit vertreten: Sarrazin hat Recht.

Die Pforzheimer Zeitung berichtet:

Nein, sagt Yasar Meral. „Seine“ SPD solle Thilo Sarrazin nicht aus der Partei werfen. Das entschiedene Nein überrascht. Der Deutsch-Türke hätte guten Grund, wütend auf den Bundesbank-Vorstand zu sein. Meral könnte Sarrazin zurufen: „Sieh her, hier steht ein Beispiel für gelungene Integration.“ Könnte die umstrittenen Thesen des Genossen zu muslimischen Migranten mit seiner Biographie widerlegen. Könnte.

Stattdessen äußert Meral Sympathie für Sarrazin. „Er hat ein gravierendes Problem angesprochen“, betont der Maulbronner SPD-Stadtrat. Ebenso wie der ehemalige Berliner Finanzsenator diagnostiziert auch Meral eine mangelnde Integrationsbereitschaft bestimmter Einwanderergruppen. Sorgen bereitet dem Kommunalpolitiker vor allem der politische Islamismus, der von muslimischen Staaten nach Deutschland getragen werde. Auch nach Maulbronn. Und in die Moschee der Klosterstadt. Dort beteten zwar „normale und friedliebende Menschen“, die aber von „politischen Kräften“ beeinflusst werden würden, berichtet Meral und fügt hinzu: „Ich weiß von vielen Muslimen, dass sie das nicht möchten. Es hat aber keiner den Mut, sich dagegen zu wehren.“ Ausdruck dessen sei das Kopftuch, das muslimische Frauen tragen. „Das ist für mich ein Symbol für Fundamentalismus“, bekräftigt Meral, für den Religion übrigens „Privatsache“ ist. Sprache sei der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. „Wer die deutsche Sprache lernt, hat eine Chance, wer sie nicht lernt, hat keine Chance“, ist der türkischstämmige Meral sicher. Warum sich manche Migranten dem Lernprozess verweigerten? „Weil es oft schon in den Familien vorgelebt wird. Da schaut man lieber türkisches Fernsehen, anstatt sich mit der Lage in Deutschland zu befassen“, sagt Meral. In bleibender Erinnerung ist ihm ein Vorgang Anfang der 90er-Jahre. „Ich kenne jemanden, der damals mit Hilfe eines Dolmetschers die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt hat. Heute muss ein

Einwanderer zum Glück Deutschkenntnisse mitbringen“, erklärt Meral.

Dennoch sieht auch Herr Meral die Gefahr der Überfremdung Deutschlands, zumindest in den Ballungsgebieten. Es wäre klug, wenn die Politik sich an den Ansichten der integrierten Einwanderer orientieren würde, statt an den frechen Forderungen der Radikalen. Aber Klugheit ist keine Bedingung einer politischen Karriere.

Moslems: “Kanzlerin nährt Islamfeindlichkeit”



Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime (ZMD), Ayyub Axel Köhler, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel wegen ihrer Rede anlässlich der Verleihung des M100 Medien Preises an Kurt Westergaard vorgeworfen, ähnlich wie Thilo Sarrazin, der Islamfeindlichkeit „neue Nahrung“ zu geben. Der Meldung ist nicht zu entnehmen, ob Köhler auch aufgrund der Morddrohungen gegenüber Westergaard und dem Mordanschlag auf den Künstler durch seine Glaubensbrüder die Gefahr der zunehmenden Islamfeindlichkeit sieht.

Im Schweigen üben sich die Islamverbände bekanntlich regelmäßig, wenn Moslems ihre Religion dazu missbrauchen, andere Moslems und ungläubige Hunde in die Luft zu jagen. Auch zur drohenden Hinrichtung und zur Auspeitschung Sakineh Mohammadi-Aschtianis in der islamischen Republik Iran schweigen sie. Sie sind immer nur dann lautstark, wenn es gilt, westliche Freiheiten im Sinne des Islam zu beschneiden.

Der Focus meldet:

Muslime kritisieren Merkel scharf

Der deutsche Zentralrat der Muslime hat die Preisverleihung an den Mohammed-Karikaturisten Kurt Westergaard durch Bundeskanzlerin Angela Merkel scharf kritisiert. „Damit wird nur wieder Öl ins Feuer gegossen“, sagte der Vorsitzende Ayyub Axel Köhler der „Mitteldeutschen Zeitung“ (Donnerstagsausgabe). Mit der Auszeichnung des für seine umstrittenen Zeichnungen bekannten Dänen gebe Merkel der Islamfeindlichkeit neue Nahrung. Die CDU-Politikerin verteidigte die Verleihung des Medienpreises am Mittwoch in Potsdam als Zeichen für die Pressefreiheit. Dies sei ein hohes Gut und könne nicht als selbstverständlich betrachtet werden. Die in den USA von einer kleinen Christengruppe geplante Koran-Verbrennung verurteilte die Regierungschefin als „respektlos, sogar abstoßend und einfach falsch“.

Mit Blick auf die massenhaften Proteste mit Dutzenden Toten nach der Veröffentlichung seiner Zeichnungen im Jahr 2005 sagte Westergaard, der Zusammenstoß der Kulturen wäre früher oder später sowieso passiert. Die Bilder, auf denen unter anderem Mohammed mit einer Bombe in seinem Turban zu sehen war, hätten den Konflikt nur beschleunigt. Im „Kölner Stadt-Anzeiger“ übte der unter Polizeischutz stehende Zeichner zudem erneut scharfe Kritik am Islam und sprach von einer reaktionären Religion. Er wolle aber weiter dafür eintreten, dass Menschen auch diese Religion ausüben könnten.

Der Zentralrat der Muslime forderte mehr Rücksicht für die Gefühle religiöser Menschen. Durch die in der dänischen Zeitung „Jyllands-Posten“ 2005 gedruckten Karikaturen seien Muslime pauschal als Terroristen dargestellt worden, sagte Generalsekretär Aiman Mazyek. Viele Muslime empfinden jegliche Abbildung des Religionsstifters des Islam als Beleidigung.

Es wäre verwunderlich gewesen, wenn nicht noch Forderungen oben drauf gepackt worden wären, nachdem gestern den Migranten (sprich: Muslimen) von der Regierung Lehrer mit Migrationshintergrund versprochen wurden. Denn schließlich sind Deutsche und andere Ungläubige den Rechtgläubigen nicht zumutbar und schon gar nicht, um wie angestrebt als Vorbild für die Schüler zu dienen. Deshalb wird jetzt die deutsche Gesellschaft die Migranten dadurch integrieren, dass wir uns ihnen erst gar nicht aufdrängen. Den Lehramtsbewerbern mit Migrationshintergrund schaffen wir so auch noch unangenehme Konkurrenz vom Hals. Warum allerdings der Spiegel in seiner Meldung eine Frau als Lehrer abbildet, ist nicht klar. Weiß man doch als Kultursensibler, dass weibliche Lehrer von jungen männlichen Muslimen an den unterdurchschnittlich wenigen von ihnen genutzten Schultagen LehrerInnen ablehnen und einen Mann an der Tafel sehen möchten.

Angesichts solcher Kniefälle vor dem Islam, sollte es nicht Wunder nehmen, wenn sich europäische Künstler dem Thema Islam kritisch nähern. Westergaard, der in seiner weltberühmt gewordenen Karikatur, Mohammed mit Bombe im Turban dargestellt hatte, jedenfalls bleibt bei seiner Sichtweise auf die Religion des Friedens™. Der Stern schreibt:

Westergaard: „Reaktionäre Religion“

Westergaard übte erneut scharfe Kritik am Islam und sprach von einer reaktionären Religion. Der Zeichner sagte dem „Kölner Stadt-Anzeiger“, er wolle aber weiter dafür

eintreten, dass Menschen auch diese Religion ausüben könnten. Er war 2005 durch seine in der dänische Zeitung „Jyllands-Posten“ veröffentlichten Karikaturen weltweit berühmt geworden. In dem Blatt war unter anderem der Prophet mit einer Bombe in seinem Turban abgebildet.

Merkel erinnerte in ihrer Rede daran, dass die europäischen Staaten ein Ort sind, wo die Ausübung der Freiheitsrechte möglich sei. Die Folgen des Ausübens dieser Rechte für Westergaard, sollten uns „mahnen“. Zu was uns dies mahnen soll behielt die Bundeskanzlerin genauso für sich wie ein schlüssiges Programm zur Integration .

Wir wissen nicht, ob Westergaards Zeichnungen „hilfreich“ sind und dem „Dialog“ sowie der Integration dienen. Aber endlich handelt Angela Merkel mal als Kanzlerin der Deutschen. Ihr Händedruck mit Westergaard zeigt der Welt: Wer diesem Mann den Tod wünscht, ist in Deutschland nicht willkommen.

Müllberge als Protest gegen die Schweiz



Der aus dem Kosovo stammende Rentner Murtez Ademaj (Foto) fühlt sich von der Schweiz schlecht behandelt. Zwar hat ihn das Land als Flüchtling anerkannt und ihn, obwohl

er seinen Job wegen sexueller Belästigung am Arbeitsplatz verloren hatte, seit Jahren mit einer fürstlichen Invalidentrente von 6300 Franken versorgt, doch das reicht ihm eben nicht.

Er sieht sich als Opfer – er und seine Frau seien „kaputt“. Damit alle erfahren sollen, wie ihm seit Jahren „Unrecht“ geschieht, schmeißt er seinen Müll aus Protest gegen die Schweizer einfach nur noch vors Haus.

Der *Tagesanzeiger* berichtet:

Ademaj kam in ein Beschäftigungsprogramm. Da er die „Zwangsarbeit“ verweigert habe, stellte das Arbeitsamt die Zahlungen ein. Eine psychische Erkrankung wurde diagnostiziert.

Seit 2005 bekommt die fünfköpfige Familie eine IV-Rente von 6300 Franken. Das reiche nicht, sagt Ademaj, er müsse seiner Tochter eine private KV-Ausbildung (kaufmännische Lehre) finanzieren. Als Ausländerin habe sie trotz guter Noten keine Lehrstelle bekommen.

Vor vier Jahren stellte die Familie ein Einbürgerungsgesuch, die Gemeinde Bürglen lehnte es ab. „Wir bürgern keine Personen ein, die ihre Wünsche mit Drohungen durchsetzen wollen“, sagt Gemeindeammann (Bürgermeister) Armin Eugster dazu

Na also zur Arbeit zwingen sollte man wirklich nur die Schweizer. Als anerkannter Flüchtling hat man ein Recht darauf, rundum versorgt zu werden, oder? Zur Verstärkung seines Protests hat Ademaj auch das Zahlen seiner Wohnungsmiete eingestellt.

Nun ist der Bogen überspannt: Seit fünf Monaten wirft die Familie ihren Güsel (Müll) vors Haus. Die schwarzen Kehrichtsäcke stapeln sich im Garten. Darüber erhebt sich ein

Holz-Gerüst mit Schweizer Fähnli. Ein Überbleibsel vom 1. August „Alles Gute zum Geburtstag Sweetzerland“ hat Ademaj auf ein Plakat gemalt. Es liegt zwischen dem Abfall. Allen Mahnungen, den Kehricht zu entsorgen, hat Familie Ademaj bisher getrotzt. Der Dreck sei sein Protest, sagt der Familienvater. Er wundert sich, dass die Entrüstung erst jetzt ausbricht.

Bürgermeister Eugster macht jetzt ernst: Ist der Müll bis Montag nicht weg, lässt er den Garten räumen. Mit der Polizei habe er die Aktion abgesprochen. Er hofft, die Familie möge doch bitte bald möglichst in den Kosovo zurückkehren. Schließlich hat das Schweizer Bundesamt für Migration am 23. August hat allen Kosovaren den Flüchtlingsstatus entzogen – weil der Kosovo inzwischen ein anerkannter unabhängiger Staat ist.

DIW-Chef fordert 500.000 Zuwanderer pro Jahr



Laut einer Statistik aus Brüssel hat kein EU-Land mehr Ausländer als Deutschland. Im Jahre 2009 waren es über sieben Millionen Menschen, was einem Bevölkerungsanteil von 8,8 Prozent entspricht. Für Klaus F. Zimmermann (Foto),

Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, nicht genug: Er fordert mindestens netto 500.000 mehr Zuwanderer pro Jahr.

Das Hamburger Abendblatt schreibt:

Deutschland braucht nach Ansicht des DIW-Präsidenten Klaus F. Zimmermann eine deutlich offensivere Einwanderungspolitik. Angesichts der Überalterung der Gesellschaft „brauchen wir dringend Arbeitskräfte und Zuwanderer aus dem Ausland – und zwar mindestens netto 500.000 mehr Menschen pro Jahr, um unsere Wirtschaftskraft dauerhaft zu sichern“, sagte Zimmermann dem „Hamburger Abendblatt“ (Mittwochausgabe). „Ab 2015 verlieren wir jedes Jahr rund 250.000 Mitarbeiter. Dann fehlen aber bereits drei Millionen Arbeitskräfte am Markt – insbesondere Fachkräfte“, so der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Ohne Zuwanderung werde der Wohlstand sinken und die Lebensarbeitszeit müsste in Deutschland auf rund 70 Jahre verlängert werden. [...]

Auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) plädiert für eine Massenzuwanderung:

Deutschland müsse Einwanderung weiter zulassen und sogar forcieren, wenn es seine Leistungsfähigkeit erhalten wolle. Gerade Sachsen haben zum Beispiel mit dem demographischen Wandel zu kämpfen, sagte Tillich der Berliner Zeitung.

Damit unter Berücksichtigung der Abwanderung unter dem Strich 500.000 Neuzuwanderer übrigbleiben, müssen bis zu 1.000.000 brutto nach Deutschland kommen. Und diese Menschen müssen in Deutschland zunächst einmal integriert werden, was Kosten aufwirft. Im Jahre 2009 zogen laut einer Meldung des Spiegel gerade einmal 142 hochqualifizierte Migranten nach Deutschland. Und da verlangen Zimmermann und Tillich massive Zuwanderer, um der deutschen Wirtschaft aus der Personalmisere zu helfen? Solche Forderungen zeigen, dass das politische

Establishment (das DIW lebt in erster Linie von Aufträgen der Regierung) trotz Sarrazin in der Zuwanderungspolitik einfach so weitermachen will wie bislang.

Berlin-Trend: Grüne deutlich stärkste Partei

☒ In Berlin haben die Grünen auch die SPD hinter sich gelassen und sind in Umfragen mit fast 30% stärkste Kraft. Bei einer Direktwahl würde die dozierende Oberlehrerin Künast den Partygänger Wowereit mit 43% abhängen. Warum ausgerechnet in der versumpfenden ehemaligen Inselstadt, die nur dank amerikanischer Hilfe überlebt hat, stramm grün gewählt wird, was Berlin noch mehr Multikulti bescheren würde, wissen wir nicht.

Das Schlimme ist, dass der starke Zuspruch für die Grünen ausgerechnet mit der durch Sarrazin aufgekommenen Diskussion über die gescheiterte Zuwanderung zusammenfällt. Die Menschen stimmen ihm zu, wählen aber grün. Dieser Trend zeichnet sich auch bundesweit ab:

Im BerlinTrend der Berliner Morgenpost und der RBB-„Abendschau“ haben die Grünen SPD und CDU deutlich hinter sich gelassen. Die mögliche Spitzenkandidatin der Ökopartei, Renate Künast, läge bei einer Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters klar vor dem Amtsinhaber Klaus Wowereit von der SPD.

Bei der Wahl zu einem neuen Abgeordnetenhaus kämen die Grünen derzeit auf 28 Prozent. Das sind fünf Punkte mehr als beim letzten BerlinTrend im Juni 2010. Während die Grünen deutlich zulegten, büßten alle anderen Parteien an Zustimmung ein. Die

SPD erreicht in der Umfrage von Infratest Dimap unter 1000 wahlberechtigten Berlinern 24 Prozent, einen Punkt weniger. Das Zwischenhoch der CDU, die im Juni mit 25 Prozent im Vergleich der vergangenen Jahre relativ gut abgeschnitten hatte, ist nach dem Verlust von drei Punkten vorüber. Die Union landet bei 22 Prozent auf Platz drei. Die Linke folgt mit 16 Prozent (minus 1). Die FDP würde mit vier Prozent (minus 1) den Einzug ins Landesparlament verfehlen. Die sonstigen Parteien vereinen sechs Prozent auf sich.

Die Meinungsforscher erhoben die Daten telefonisch zwischen dem 3. und dem 6. September. Die Wähler hatten also Gelegenheit, sowohl die Debatte über Thilo Sarrazin als auch die Versuche des Ausschlusses durch die SPD für ihre politischen Präferenzen zu berücksichtigen.

Auch bundesweit gewinnen die Grünen überraschend schnell Wähler hinzu. Die Partei erreichte dort laut einer Forsa-Umfrage für den „Stern“ und RTL 21 Prozent – ein Allzeithoch. Und in Baden-Württemberg sind es wegen der Diskussion über Stuttgart 21 laut Infratest Dimap sogar 27 Prozent – ebenfalls Rekord.

In Berlin kam es vor allem im Westen der Stadt zu massiven Veränderungen. Die Grünen verzeichneten hier ein Plus von sieben Prozentpunkten und liegen mit 32 Prozent sechs Punkte vor der CDU (26 Prozent, minus vier im Westen). Die SPD kommt in West-Berlin mit 25 Prozent auf Platz drei. Im Osten liegt die Linke mit 29 Prozent (minus eins) vorne, gefolgt von SPD (unverändert bei 23 Prozent), Grünen (plus eins auf 21) und CDU (unverändert bei 17 Prozent).

Wenn es eine Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters gäbe, hätte Renate Künast die besten Chancen. 43 Prozent der Befragten würden die grüne Bundestags-Fraktionschefin wählen, die sich jedoch erst im November für oder gegen eine Spitzenkandidatur entscheiden will. Damit konnte die Schönebergerin im Vergleich zum Juni noch einmal um einen

Punkt zulegen. Wowereit käme auf 37 Prozent, seit Juni verlor er sechs Prozentpunkte. Gerade einmal 16 Prozent gaben an, sie würden keinen von beiden zum Regierenden Bürgermeister wählen.

Als der BerlinTrend im März erstmals nach einem Duell Künast gegen Wowereit fragte, lag der Amtsinhaber noch acht Punkte vor der Grünen. Im Frühsommer gab es ein Kopf-an-Kopf-Rennen, das sich jetzt in einen deutlichen Vorsprung Künasts verwandelt hat.

Im Osten Mauermörder, im Westen Öko-Spinner – kein Land in Sicht!